



PIRATENPARTEI
Deutschland

Piratenpartei Deutschland | Pflugstraße 9a | 10115 Berlin

Fachverband für Strahlenschutz e.V.
Postfach 1121
21630 Jork

Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl und das damit bekundete Interesse an unserer Politik. Im Anschluss erhalten Sie unsere Antworten:

1. Der Ausbau der Mobilfunknetze mit der 5G-Technologie hat begonnen. Gleichzeitig werden in der Bevölkerung Fragen zu der damit verbundenen Strahlung und mögliche Gesundheitsgefährdungen gestellt. Welche Position bezieht ihre Partei hinsichtlich des Ausbaus der 5G-Netze und der in diesem Zusammenhang diskutierten Risiken?

Die Diskussion hat weitgehend keine wissenschaftliche Grundlage, es gibt keine Erkenntnisse, die auf eine Gefährdung durch 5G Netze hindeuten. Natürlich ist weitere Forschung sinnvoll, aber es besteht kein Grund deshalb den Netzausbau zu beschränken.

2. Das Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle hat in Deutschland begonnen. Im Ergebnis dieses Prozesses ist es bereits zu vielfach kontroversen Reaktionen gekommen. Wie beabsichtigt Ihre Partei die Akzeptanz eines tiefen geologischen Endlagers radioaktiver Abfälle zu unterstützen?

Gar nicht. Wir halten die Endlagerung von Atommüll für nicht realisierbar. Der Atommüll muss mit gesicherter Rückholbarkeit und Wartbarkeit eingelagert werden, bis eine Lösung für dieses Problem gefunden wird.

29. August 2021

Bundesvorstand

Sebastian Alscher
Markus Barenhoff
Frank Grenda
Stefano Tuchscherer
Joachim Rotermund
Manuel Wolf
Wolf Vincent Lübcke
Detlef Netter
Andreas Lange

Mail:

vorstand@piratenpartei.de

Bundesgeschäftsstelle Piratenpartei Deutschland

Telefon:

+49 30 2757 2040

Telefax:

+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN:

DE36 4306 0967 7006 0279 00

BIC:

GENODEM1GLS

www.piratenpartei.de

3. Die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle ist nötig, um die sichere Nutzung von Radionukliden in der (Nuklear-)Medizin, der Industrie und in der Forschung langfristig sicher zu stellen. Außerdem müssen Altbestände, wie z.B. die rückzuziehenden Gebinde aus der Schachanlage Asse2 und Hinterlassenschaften der Urananreicherung in Gronau entsorgt werden. Welche Möglichkeiten favorisiert Ihre Partei zur Entsorgung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle.

Abhängig von Umfang und Art der Belastung und Halbwertszeiten der Isotope sollten die jeweils sinnvollen Optionen gewählt werden, wie Dekontamination, Einlagerung, oder sichere Endlagerung.

4. Im Rahmen der Anwendung von Radionukliden z.B. in der Medizin und insbesondere beim Rückbau von Kernkraftwerken fallen Abfälle an, die so geringfügig radioaktiv kontaminiert sind, dass sie nach den aktuellen Vorschriften des Strahlenschutzrechts freigegeben und als gewöhnliche Abfälle deponiert werden können. Wie steht Ihre Partei zur Freigabe von schwach radioaktiv kontaminierten Abfällen zur Deponierung?

Abhängig von der tatsächlichen Kontaminierung ist eine solche Deponierung akzeptabel, aber nur, wenn sie die Belastung im Bereich natürlicher Varianz befindet.

5. Deutschland wird 2022 aus der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung aussteigen. Die Nutzung von weiterentwickelten Kernreaktoren ist eine im internationalen Maßstab diskutierte Möglichkeit der CO2-armen Energieproduktion zur Grundlastversorgung.

Wie sieht Ihre Partei die Möglichkeit einer weiteren Nutzung der Kernenergie mittels neuer, sicherer Reaktortypen in Deutschland und Europa?

Negativ. Diese Reaktortypen sind nicht wirklich neu, sondern beruhen auf Konzepten, die im letzten Jahrhundert bereits als untauglich aussortiert wurden. Systeme die z.B. mit Natriumkühlung arbeiten sind alles andere als sicher. Dazu kommt, dass die Kosten für Strom aus Atomkraftwerken deutlich zu hoch sind und diese schlecht regelbaren Kraftwerke nicht gut zur variablen Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien passen.

6. Die Nutzung von radioaktiven Strahlenquellen in der Medizin und der Industrie erfordert Kompetenz und Innovation. In Deutschland sind in den vergangenen Jahrzehnten Lehr- und Forschungseinrichtungen, die sich mit diesen Themen befassten, systematisch zurückgefahren worden. Sehen Sie einen Bedarf an einer stärkeren staatlichen Förderung von Forschung und Kompetenzerhalt insbesondere auch auf dem Gebiet der Nutzung ionisierender Strahlung und radioaktiver Stoffe in Medizin und Wirtschaft?

Forschung generell und auch die Nutzung von radioaktiven Stoffen und Strahlungsquellen z.B. für Medizin und Materialtechnik erachten wir als wichtig. Die Beendigung der Nutzung für die Energieversorgung bedeutet nicht, dass weitere Forschung eingestellt werden sollte, auch in Hinsicht darauf, dass das Problem mit dem existierenden Müll nicht gelöst ist.

Mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
Thomas Ganskow
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine